



AMTSBLATT

des k. u. k. Kreiskommandos in Lublin.

III. JAHRGANG.

VI. Stück — Ausgegeben und versendet am 12 Dezember 1917.

Inhalt: (61—74) 61. Personalveränderungen. — 62. Begnadigungen. — 63. Verkehr mit Oelfrüchten. — 64. Durchführungsbestimmungen betreffend den Verkehr mit Heu. — 65. Verkehr mit Gemüse. — 66. Verkehr mit Seife. — 67. Reorganisation des Finanzdienstes in der 1. Instanz. — 68. Einziehung der Banknoten zu 50 Kronen mit dem Datum vom 2. Jänner 1902. — 69. Einführung der Quittungsbüchlein. — 70. Wareneinfuhr aus der Schweiz. — 71. Konzessionen zum Verschleisse von Branntweinerzeugnissen. — 72. Polizeihundestation Piaski. — 73. Ausweis über die wegen Preistreiberei verurteilten Personen. — 74. Steckbrief.

61.

Personalveränderungen.

Die Leitung des Zivilkommissariates des k. u. k. Kreiskommandos Lublin hat der k. u. k. Bezirkshauptmann Witold Godlewski, bisheriger leitender Zivilkommissär in Olkusz übernommen.

62.

Begnadigungen.

Aus Anlass des Allerhöchsten Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers (17. August) wurde 12 Sträflingen des Zivilstandes die restliche Strafe gänzlich nachgesehen und 15 Sträflingen die Strafe herabgesetzt.

63.

Verkehr mit Oelfrüchten.

Auf Grund der Verordnung vom 22. Juni 1917 Verordnungsblatt Nr. 68 bzw. der vom 11. Juni 1916 Vdg. Nr. 61 betreffend die Verwertung der Ernte wird angeordnet:

§ 1. Beschlagnahme:

Ölfrüchte jeder Art (Mohn, Raps, Leinsaat, Hanfsaat, Senf- u. Leindottersamen etc.) der Ernte des Jahres 1917, sowie etwa vom Vorjahre verbliebene Reste dieser Früchte sind zu Gunsten der Militärverwaltung beschlagnahmt.

§ 2. Wirkung der Beschlagnahme.

Die Beschlagnahme hat die Wirkung, dass die beschlagnahmten Produkte weder verarbeitet, verbraucht, verfüttert, noch veräußert bzw. gekauft werden dürfen, sofern nicht in dieser Verordnung, oder durch besondere Vorschriften andere Anordnungen getroffen werden. Rechtsgeschäfte, die gegen dieses Verbot verstossen, sind ungiltig, desgleichen auch alle vor Beginn der Wirksamkeit dieser Verordnung abgeschlossenen Geschäfte, ausgenommen die seitens der Produzenten mit den Kreiskommanden geschlossenen Verträge (§ 11 u. § 12) der Verordnung vom 11. Juni 1916 Nr. 61 Vdg. Blatt).

§ 3. Saatgut:

Für den Anbau der eigenen Wirtschaft wird den Produzenten das entsprechende Saatgut belassen, und zwar in einem Ausmasse von:

10 kg. Raps, Leindotter Senf . . .	} pro Morgen
6 kg. Mohn	
80 kg. Lein- und Hanfsamen . . .	

Die Berechnung des Saatgutbedarfes geschieht auf Grund der diesjährigen Anbaufläche und wird von der L. A. bestimmt.

Landwirte, welche das nötige Saatgut nicht oder nur teilweise besitzen, haben bei den landwirtschaftlichen Abteilungen des zuständigen Kreiskommandos um Bewilligung der Zuteilung des benötigten Saatgutquantums anzusuchen.

Als Verkaufspreise für Saatgut gelten:

Für Mohn	Kr. 275.—
„ Lein, Raps, Hanf, Senf	Kr. 150.—
„ Leindotter	Kr. 100.—

§ 4. Anzeigepflicht:

Der Besitzer von laut § 1 beschlagnahmten Produkten ist verpflichtet, über Aufforderung des Kreiskommandos oder der hiezu bestimmten Organe, die Vorräte an solchen Produkten nach Menge, Gattung und Einlagerungsort anzuzeigen.

§ 5. Ablieferungspflicht:

Der Produzent ist verpflichtet, sämtliche zufolge § 1 beschlagnahmte Vorräte an die vom Kreiskommando bestimmten Übernahmstellen abzuliefern. Die Übernahme erfolgt durch die hiezu bestimmten Organe des Kreiskommandos.

§ 6. Übernahmepreise:

Für die mit dem Grossgrundbesitz geschlossenen Anbauverträge gelten die in den Schlussbriefen angegebenen Preise.

Für die mit dem Kleingrundbesitz abgeschlossenen Anbauverträge sind die Übernahmepreise für:

1 q. Mohn	Kr. 250.—
1 q. Winter- Sommerraps, Lein, Hanf, Senf	Kr. 150.—
1 q. Leindotter	Kr. 100.—

Für diejenigen Produzenten, die weder Anbau-nach Ablieferungsverträge geschlossen haben gelten als Übernahmepreise für:

1 q. Mohn	Kr. 200. -
1 q. Winter- Sommerraps, Lein, Hanf, Senf	Kr. 115. -
1 q. Leindotter	Kr. 80. -

Für Hederich gilt als Einheitspreis 90 Kronen pro 100 kg.

§ 7. Ablieferungsvorspänne:

Der Produzent ist verpflichtet, die Ablieferung grundsätzlich bis zur Übernahmeestelle mit eigenen Fuhrwerken durchzuführen. Ist die Übernahmeestelle vom Speicher des Grossgrundbesitzers oder von der Mitte der Dorfes beim Kleingrundbesitze mehr als 10 Kilometer entfernt-so wird für die über 10 km. hinausgehende Strecke für jeden Kilometer und Meterzentner 30 Heller dem Einliefernden vergütet.

§ 8 Transportlegitimationen:

Als Legitimation bei Fuhrwerktransporten gilt eine, von der landwirtschaftlichen Abteilung des zuständigen Kreiskommandos ausgestellte Bestätigung.

§ 9. Verarbeitung der aufgebrauchten Vorräte:

Der Betrieb von Gewerbeunternehmungen in denen die in § 1 genannten Ölf Früchte verarbeitet werden, darf nur auf Grund einer schriftlichen Bewilligung des M. G. G. ausgeübt werden. Unternehmungen welche eine solche Bewilligung nicht besitzen werden gesperrt.

§ 10. Öl- und Kuchenschrotausgabe:

Alle Produzenten, welche die Ablieferung der Ölf Früchte schlussbrieflich vereinbart haben, haben Anspruch auf 20 kg. Ölkuchenschrot von jeden eingelieferten 100 kg. Ölf Früchte.

Alle Produzenten, welche gemäss vorzulegenden roten Einlagebestätigungen der E. V. Z. mindestens 200 kg. Ölf Früchte eingeliefert haben, erhalten eine Anweisung, mit welcher sie fertiges Öl (für die Fastentage) im Verhältnis von 100 Gramm pro Kopf und Jahr von der landwirtschaftlichen Abteilung des Kreiskommandos gegen Bezahlung erhalten.

Für die Mengenbemessung ist der Getreidepass resp. die Ausweiskarte „K“ massgebend.

Die Produzenten haben ihren Anspruch auf Kuchen und Öl bis 31 Oktober I. J. bei der L. A. des Kreiskommandos anzumelden.

Den Zeitpunkt der Zuteilung behält sich das M. G. G. vor. Die Preise für Öl und Kuchenschrot werden mit besonderen Verfügungen bekanntgegeben.

§ 11. Kontrollmassnahmen:

Dem Kreiskommando steht das Recht zu, jederzeit die Wirtschaftsräume der Produzenten, sowie die gesperrten Ölpressanlagen zu kontrollieren.

§ 12. Zwangsmassnahmen:

Bei Verletzung der Anzeigepflicht verfallen die Ölf Früchte der zwangsweisen Beschlagnahme ohne Vergütung.

Wurde die Anzeigepflicht erfüllt, jedoch die Ablieferungspflicht nicht eingehalten, so gebührt dem Produzenten grundsätzlich nur die Hälfte des normierten Preises. Bezüglich der zweiten Hälfte wird das Kreiskommando verfügen, ob

- a) diese auch den Produzenten zu zahlen ist,
- b) diese teilweise, oder ganz verfällt.

Den Produzenten steht das Recht zu, gegen die Verfügung des Kreiskommandos den Rekurs an das M. G. G. einzubringen und zwar im Wege des Kreiskommandos, welches denselben mit den entsprechenden Bemerkungen weiterleitet.

§ 13. Strafmassnahmen:

Die in der Verordnung vorgesehenen Geld und Freiheitsstrafen sind:

Geldstrafen bis zu 5000 Kronen, Freiheitsstrafen bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 3000 Kronen neben einer Freiheitsstrafe.

Obigen Strafen unterliegt insbesondere:

1) Wer Vorräte an Ölfrüchten, die sich in seinem Besitz befinden oder in seiner Verwahrung sind, vorsätzlich versteckt oder verheimlicht, bezw. beschädigt, vernichtet, bei Seite schafft, verbraucht oder verfälscht.

2) Wer Ölfrüchte ohne Bewilligung verarbeitet und die gewonnenen Produkte verbraucht, verkauft, verheimlicht, oder bei Seite schafft.

3) Wer Vorräte an Ölfrüchten von Personen kauft, die nicht zum Verkaufe berechtigt sind oder sie kauft, ohne selbst die Befugnis hiezu zu besitzen.

4) Die Ölmühlenbesitzer, oder Aufseher, die, die für sie geltenden Bestimmungen nicht einhalten.

5) Der für Saatzwecke belassene bezw. für diese Zwecke gekaufte Ölfrüchte vorsätzlich für andere Zwecke verwendet.

Unter strenge Massnahmen fallen Übertretungen gegen Preistreibereivorschriften und die Verletzung von Lieferungspflichten (§ 2 der Vdg. vom 21./2. 1917 Vdg. Bl. 29) Nach dieser Verordnung begeht der, welcher Vorräte bei Verletzung einer Anzeigepflicht oder Auskunftspflicht verheimlicht, oder der Beschlagnahme oder Ablieferung entzieht, ein Verbrechen und wird mit Kerker bis zu 2 Jahren bestraft.

Neben der Freiheitsstrafe kann eine Geldstrafe bis 20.000 Kronen verhängt werden.

Gegenstände, durch deren Kauf oder Verkauf obige Verfügungen verletzt werden sowie die Kaufpreise hierfür, unterliegen im Sinne des § 9 der Vdg. vom 11. Juni 1916, Vdg. Blatt Nr. 61 dem Verfall und werden vom Kreiskommando nach Verfügung des M. G. G. verwendet.

§ 14. Inkrafttreten.

Diese Bestimmungen treten mit dem Tage der Verlautbarung in Kraft.

Lublin, am 30. September 1917.

64.

Durchführungsbestimmungen betreffend den Verkehr mit Heu.

L. A. Nr. 5332.

In Durchführung der Verordnungen vom 23. Juni 1917, Vdg. Bl. 58, betreffend den Landwirtschaftsrat, sowie vom 3. Juli 1917, Vdg. Bl. 60. betreffend die Beschlagnahme von Heu wird zufolge W. S. Nr. 84951/17 verfügt wie folgt:

I. Verbrauchsnormen:

Als Höchstverbrauchsnormen werden festgesetzt:

a) für Pferde über zwei Jahre und Rinder über sechs Monaten 10 q Heu pro Stück und Jahr, gleichgiltig, ob es sich um Produzenten oder um versorgungsberechtigte Personen, (Nichtproduzenten), handelt.

b) für Pferde bis zu zwei Jahren und Rinder bis zu sechs Monaten 5 q pro Stück und Jahr gleichgiltig, ob es sich um Produzenten oder um versorgungsberechtigte Personen, d. h. Nichtproduzenten, handelt.

Die Verbrauchsquote ist bei Pferden vom 1. August 1917 bis 31. Juli 1918, bei Rindvieh vom 15. September 1917 bis 15. Mai 1918 berechnet.

Gleichzeitig wird die Annulierung der Übergangsverbrauchsquote, die mit Verordnung des M.-G.-G. vom 12. August 1917 M.-G.-G. W. S. Nr. 80853 festgestellt wurde, verfügt.

II. Einkaufsberechtigung der P. F. Z.

a) Übernahme des beschlagnahmten RaCHFutter. Die P. F. Z. besorgt die

Übernahme und den Abschub des beschlagnahmten Heues durch zwei Rauhfuttereinkaufskonsortien für das k. u. k. Okkupationsgebiet, von welchen sich die Tätigkeit des einen auf die Kreise links der Weichsel, des zweiten auf die Kreise rechts der Weichsel erstreckt.

Die Rauhfuttereinkaufsstellen üben ihre Tätigkeit im Namen der P. F. Z. als Generalagenten derselben aus und bestellen für jeden Kreis einen Kreisvertreter, welcher von der P. F. Z. legitimiert wird.

Der Kreisvertreter hat vor Übernahme seiner Tätigkeit die Legitimation dem Kreiskommando, in dessen Bereiche er als Vertreter bestellt ist, zwecks Vidierung vorzulegen:

Die Angestellten der Kreisvertreter werden auf Antrag des betreffenden Kreisvertreters welcher von der Direktion der P. F. Z. genehmigt sein muß, durch das Kreiskommando legitimiert.

Sämtliche Legitimationen, die belufs Einkauf, bzw. Übernahme von Heu von anderen Behörden ausgestellt wurden, werden zugleich als nichtig erklärt.

b) Kontrolle. Die P. F. Z. übt über die Tätigkeit der Rauchfuttereinkaufsstellen die Kontrolle durch die Reiseinspektoren aus. Diese Inspektoren werden seitens der P. F. Z. mit den von der EVZ. des M.-G.-G. vidierten Legitimationen, die zur Ausübung der Kontrolltätigkeit im ganzen M.-G.-G. Bereiche berechtigen, versehen.

c) Zufuhr von Heu zu den Presse- bzw. Übernahmstellen der PFZ. Der Produzent ist verpflichtet, das Heu auf eigene Kosten zu den von der P. F. Z. bezeichneten Press- bzw. Übernahmstellen die jedoch nicht weiter als 3 km. vor der Produktions- bzw. Lagerungsstelle des Heues entfernt sein dürfen, zuzuführen.

Weigert sich der Produzent das Heu mit eigenen Fuhrwerken oder auf eigene Kosten zuzuschieben, so sind die Zwangsmaßnahmen im Sinne des § 8 der Vdg. vom 3. Juli 1917 anzuwenden, und die eventuellen Zufuhrkosten mit 30 h. pro q und km berechnet von dem Übernahmepreise in Abzug zu bringen.

d) Zuschub zu den Bahnverladestationen. Hat die Rauchfuttereinkaufsstelle in der Regel mit Vorspannen, die im Wege eines gütlichen Übereinkommens zwischen ihr und den Fuhrwerksbesitzern gemietet werden, zu berwerkstelligen.

Sollte die Rauhfuttereinkaufsstelle ausserstande sein, in dieser Weise die nötige Anzahl von Vorspannen mieten zu können, so hat sich der Kreisvertreter an das betreffende k. u. k. Kreiskommando, welches die zwangsweise Beistellung von Vorspannen gegen Vergütung von 30 h. pro q und km seitens der Einkaufsstelle veranlassen wird, zu wenden.

III. Versorgung der Nichtproduzenten.

Die Nichtproduzenten, u. zw. sowohl die Landwirte wie auch Nichtlandwirte, welche Heu benötigen, haben ihren auf Grund der Verbrauchsquote festgestellten Bedarf bis längstens 31. Oktober 1917 anzumelden. Die Anmeldung muß enthalten:

1) Vor- und Zuname des Besitzers der Pferde, bzw. des Rindviehes welche versorgt werden müssen.

2) Die Ortschaft, in der der Besitzer wohnt, bzw. in der sich die zu versorgenden Pferde und Rinder befinden.

3) Die Anzahl der versorgungsbedürftigen Stücke. Die Anzahl der Pferde über 2 Jahre und der Rinder über 6 Monate muß separat von der Anzahl der Fohlen und Kälber angegeben werden;

4) das auf Grund der Verbrauchsquote festgestellte Heuquantum welches zur Ernährung des angegebenen Viehstandes benötigt wird.

5) Das Quantum von Heu eigener Produktion, welches dem Pferde bzw. Rindviehbesitzer zur Verfügung steht.

6) Das Quantum von Heu, welches beschafft werden muß.

Die Anmeldung erfolgt:

a) In den Dörfern und kleinen Städten beim Gemeindevorstand,

b) In größeren Städten beim Magistrate der Stadt,

c) In Industrie- bzw. Grubencentren beim k. u. k. Kreiskommando.

Die Gemeindevorsteher und Magistrate überprüfen, ob die in den Anmeldungen angeführte Anzahl von Vieh und Pferden, wie auch der angegebene Bedarf an Heu richtig ist und stellen auf Grund der Anmeldungen, die Karten, welche zur Übernahme von Heu berechtigen, aus.

Das betreffende Kreiskommando schreibt die Formulare zu den Heukarten vor, und teilt damit die Gemeindevorsteher und Stadtmagistrate. Die Druck- bzw. Litographiekosten wie auch die Kosten der Ausstellung der Karten bezahlt die Partei welcher die Karte ausgefolgt wird. Die Karten wie auch eine summarische Zusammenstellung haben die Gemeinden und Stadtmagistrate bis längstens 15. November 1917 an das betreffende k. u. k. Kreiskommando zu übersenden.

Nach gepflogenen Einvernehmen mit der Kreisaufsichtskommission stellt das k. u. k. Kreiskommando die Höhe des Kreisbedarfes fest, vidiert die vorgelegten Heukarten, bzw. stellt nach den Anmeldungen der Bergwerks- und Industriezentren die neuen Karten aus und sendet dieselben den Gemeindevorstehern, bzw. Stadtmagistraten zur Aushändigung an die Versorgungsberechtigten zurück.

Die summarische Zusammenstellung übermittelt das Kreiskommando dem Kreisvertreter der Rauhfuttereinkaufsstelle und beauftragt ihn, den Bedarf zu decken.

Die Deckung des Bedarfes durch die Rauhfuttereinkaufsstelle erfolgt in der Weise, daß:

a) in Dörfern und kleinen Städten der Kreisvertreter der Rauhfuttereinkaufsstelle den mit Heukarten beteiligten Personen die Bewilligung zur Übernahme der betreffenden Quanten direkt von den Produzenten in den von ihm namhaft gemachten, nach Möglichkeit derselben bzw. Nachbargemeinde zu dem durch Beschlagnahmeverordnung festgesetzten Übernahmepreise erteilt.

b) daß in den Städten und Industriezentren, bzw. Gegenden, an welche das Heu von weitergelegenen Ortschaften zugeschoben werden muß, der Kreisvertreter der Rauhfuttereinkaufsstelle, den Zuschub veranlaßt. Das zugeschobene Heu wird an die Versorgungsberechtigten gegen Vorweisung der durch das k. u. k. Kreiskommando vidierten Heukarten verteilt.

Die Verteilung von Heu wird entweder durch die Einkaufsstelle im Wege des Kleinverkaufs aus den zu diesem Zwecke errichteten und geführten Lagermagazinen oder durch den städtischen Approvisionierungsausschuß je nach Vereinbarung zwischen der Rauhfuttereinkaufsstelle und dem betreffenden städtischen Approvisionierungsausschuß durchgeführt.

Die Rauhfuttereinkaufsstelle ist berechtigt, bei der Lieferung von Heu an zuschubsbedürftige Städte und Industriezentren folgende Preise zu berechnen:

1.) Beim Kleinverkauf aus den Lagermagazinen:

für Heu ungepreßt	.	.	K 30.—
„ Heu gepreßt	.	.	K 32.—
„ Kleeheu ungepreßt	.	.	K 33.—
„ Kleeheu gepreßt	.	.	K 35.—

loco Magazin der Einkaufsstelle.

2.) bei Lieferung in ganzen Waggonen direkt an die Konsumenten bzw. Approvisionierungskomitees:

für Heu ungepreßt	.	.	K 25.—
„ Heu gepreßt	.	.	K 27.—
„ Kleeheu ungepreßt	.	.	K 28.—
„ Kleeheu gepreßt	.	.	K 30.—

loco Waggon der Übernahmstation.

IV. Transportlegitimationen.

Die Legitimationen, welche zum Einkaufe, bzw. Übernahme von Heu berechtigen, wie auch die vom Kreiskommando vidierten Heukarten bilden zugleich die Legitimation für den Transport von Heu per Fahren.

Nur jene Mengen, welche als Futter für den Dauer von drei Tagen für Pferde, bzw. Ochsen welche das betreffende Quantum führen benötigt werden, dürfen ohne Transportlegitimation und ohne jedwede territoriale Beschränkung mitgeführt werden.

In diesen Falle ist bei Pferden 3 kg. bei Ochsen 4 kg pro Stück und Tag zu berechnen.

V. Bahn- u. Schifftransporte.

Der Transport von Heu auf normalspurigen Bahnen kann nur auf Grund von mit Stampiglie der EVZ. des MGG. Lublin und Unterschrift Leutnant v. Mochnacki versehenen Frachtbriefen erfolgen. Sämtliche andere Frachtbriefe (auch die Frachtbriefe der EVZ. mit Unterschrift „Oblt. Redlich“) werden gleichzeitig als ungültig erklärt. Die Transporte mit den Kleinbahnen aller Art und per Schiff (Galeeren) erfolgen auf Grund der Einkaufs bzw. Übernahmslegitimationen.

VI. Kontrollmaßnahmen.

Mit der Überwachung der Ausführung aller obigen Anordnungen, insbesondere mit der Beaufsichtigung der Tätigkeit der Rauhfuttereinkaufsstelle, bzw. der Kreisvertreter derselben, sowohl hinsichtlich der Lieferungen für die M. V. wie auch für den Lokalbedarf, wird das Kreiskommando den Landwirtschaftlichen Referenten und die ihn zugewiesenen Hilfsorgane betrauen.

VII. Zwangsmitteln.

Weigert sich der Produzent, das beschlagnahmte Heu der Rauhfuttereinkaufsstelle zu verkaufen, so hat sich der Kreisvertreter der Einkaufsstelle an das betreffende Kreiskommando um Anordnung von Zwangsmitteln zu wenden.

Das Kreiskommando hat in solchen Fällen, wo es sich um größere Quantitäten handelt, nach mit der Kreisaußsichtskommission gepflogenen Einvernehmen über die Verpflichtung zur Abgabe des betreffenden Quantums endgiltig zu erkennen, und erforderlichenfalls dessen zwangsweise Wegnahme zugunsten der PFZ. bzw. der Rauhfuttereinkaufsstelle als deren Beauftragte, zu verfügen.

Für das zwangsweise eingelieferte Heu ist die Rauhfuttereinkaufsstelle verpflichtet, dem Produzenten den vollen Übernahmspreis zu bezahlen. Der Produzent verliert jedoch in diesem Falle die Berechtigung auf die auszuzahlende Anzeigeprämie und Lagerungszuschlag (§ 8 der Vdg. 3. Juli 1917.)

Lublin, am 8. Oktober 1917.

65.

Verkehr mit Gemüse.

L. A. Nr. 5621.

Auf Grund des M. G. G. W. S. Nr. 85677/19 vom 20 Oktober und E. V. Z. 32591 vom 19 September l. J. wird folgendes verlauffart:

Das mit Verordnung Nr. 32591 geschaffene Einkaufsmonopol für Rüben wird auf sämtliche Arten von Blattgemüse ausgedehnt, so dass durch diese Verordnungen folgende Gemüsearten betroffen werden: Futter- und Speiserüben aller Art (rote Rüben, Kohlrüben, weisse Halbzuckerrüben, Stoppelrüben, Karotten, gelbe sowie rote Möhren, Wrucken, Futterrüben, Futtermöhren (Kraut) Häuptelkraut, (Zwiebel) rote und gelbe (Knoblauch, Gurken) roh und eingelegt, Petersilie und Sellerie.

Die Aufbringung dieser Gemüsearten erfolgt durch das „Gemüse- Einkaufskonsortium für das K. u. k. Österr.-ung. Okkupationsgebiet in Polen“.

Dasselbe ist allein berechtigt, durch seine hiezu legitimierten Personen die genannten Gemüsearten einzukaufen und auf Grund mit seiner Stampiglie ausgestellten Frachtbriefen, welche mit der Rundstampiglie der EVZ. und der Unterschrift „Lt. von Mochnacki,“ versehen sein müssen, zu verfrachten.

Die Transporte dieser Produkte, wie auch der durch Verarbeitung derselben entstandenen Umwandlungsprodukte (Trockengemüse, Rüben, Möhren, Sauerkraut, Salzgurken etc.) per Bahn ist ausserhalb dieses Konsortiums stehenden Personen verboten.

Die Transporte per Fuhren für Zwecke des eigenen Bedarfes bzw. der Approvisionierung unterliegen keiner Beschränkung.

Die von der Warenverkehrszentrale vor Verlautbarung dieser Vdg. ausgestellten Ausfuhrzertifikate werden annulliert, bzw. die noch im Umlauf befindlichen sind der L. A. des Kreiskommandos abzuführen.

Bezüglich der Krautaufbringung im Kreise Lublin sind zum Einkaufe und Abschube von Kraut die durch die Intendanz des MGG. legitimierten Einkäufer der Fa T. Glogowski & Nawraci bis auf Widerruf berechtigt, mit der Massgabe, dass die gesamten, durch die genannte Firma aufgebrauchten Krautmengen an die Intendanz des M. G. G. abgeliefert werden müssen.

Die Aufbringung sonstiger Gemüsearten steht dagegen ausschliesslich dem Gemüseeinkaufskonsortium zu.

Sämtliche Privatfabriken, die Gemüse bzw. Rüben (Zuckerrüben ausgenommen) verarbeiten, wie Trocknereien, Zichorienfabriken etc. werden, bei gleichzeitigem Verbote des direkten Ankaufes dieser Rohprodukte, kontingentiert und unter militärische Aufsicht gestellt.

Die Kontingentierung der in Betracht kommenden Fabriken erfolgt durch die EVZ. über Antrag des Kreiskommandos.

Die Fabriken haben diesbezüglich ehestens entsprechend begründete Gesuche bei der L.A. des Kreiskommandos einzureichen. Der Zuschub an die Fabriken im Rahmen des erteilten Kontingentes erfolgt durch das Einkaufskonsortium zu den für die Lieferungen an die EVZ. festgesetzten Preisen.

Zwecks Abschubes der erzeugten fertigen Produkte per Bahn zu Approvisionierungszwecken haben die Fabriken rechtzeitig die nötigen Frachtbriele bei der EVZ. anzusprechen.

Die Ausfuhr in die Oesterr.-ung. Monarchie darf nur im Wege der „Geos“, Obst und Gemüseversorgungsstelle des k. u. k. Ernährungsamtes in Wien stattfinden.

In dringenden Fällen steht den Mitgliedern, wie auch den von der EVZ. legitimierten Subeinkäufern des Konsortiums das Recht zu, Telegramme durch die L. A. des Kreiskommandos gegen Bezahlung aufzugeben, wie auch die Telefone für interurbanen Verkehr bei der L. A. bzw. bei den Gendarmerieposten des Kreiskommandos zu benützen.

Über die Dringlichkeit der Angelegenheiten entscheidet in allen Fällen die betreffende L.A. des Kreiskommandos.

Die Bestimmungen dieser Verordnung treten mit dem Tage der Verlautbarung in Kraft.

Lublin, am 23 Oktober 1917.

66.

Verkehr mit Seife.

Nachstehend wird die Verordnung des k. u. k. M. G. G. vom 14 Juli 1917 betreffend den Verkehr mit Seife vollinhaltlich verlaubar:

Auf Grund der kraft Allerhöchsten Oberbefehls erteilten Ermächtigung Seiner k. und k. Apostolischen Majestät wird für die in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiete Polens folgendes verordnet:

§ 1. Ermächtigung.

Die gewerbsmässige Erzeugung oder die Einfuhr von Seife (Kriegsseife, Schmierseife, Toiletteseife), sowie der Handel mit Seife darf nur durch die vom Militärgeneralgouvernement hierzu ermächtigten Personen erfolgen.

§ 2. Ermächtigte Körperschaften.

Die Ermächtigung zur Erzeugung oder Einfuhr, sowie zum Handel mit Seife wird bestimmten Körperschaften oder gewerblichen Genossenschaften erteilt. Die ermächtigte Körperschaft oder Genossenschaft kann ihre Befugnis durch ihre Angehörigen oder durch bestimmte ihrerseits zum Betriebe ermächtigte Organe ausüben. Bedingung der Ermächtigung ist, dass der

Eintritt in die Körperschaft oder Genossenschaft, der Austritt aus derselben, sowie die Bestellung von zum Betriebe ermächtigten Organen der Überwachung der k. u. k. Militärverwaltung unterworfen wird, und dass die Verweigerung der Aufnahme, der Ausschluss oder die Entziehung der Ermächtigung zum Betriebe nur mit Zustimmung des Militärgeneralgouvernements erfolgen kann.

§ 3. Betriebsbedingungen.

Das Militärgeneralgouvernement bestimmt, in welcher Beschaffenheit, zu welchen Preisen und unter welchen sonstigen Bedingungen die hiezu ermächtigten Personen (§§ 1 und 2) Seife erzeugen, einführen oder in den Handel bringen dürfen.

§ 4. Behördliche Aufsicht.

Die ermächtigte Körperschaft oder Genossenschaft hat sich über Einhaltung der auf Grund dieser Verordnung erlassenen Vorschriften sowie der bei Erteilung der Ermächtigung festgesetzten besonderen Bedingungen jederzeit auszuweisen und zu diesem Zwecke Aufzeichnungen über ihre Abnehmer, das Datum, die Gattung und Menge der verkauften Ware zu führen.

Den Aufsichtsorganen ist der Eintritt in die Gewerberäume, deren Durchsuchung, sowie die Einsicht in die Geschäftsbücher und sonstigen Aufzeichnungen über die Erzeugung oder die Einfuhr von Seife, sowie den Handel mit Seife jederzeit freigestellt.

Bei Nichteinhaltung einer auf Grund dieser Verordnung erlassenen Vorschrift oder einer Bedingung, unter der die Ermächtigung erteilt wurde, kann diese nach einmaliger Verwarnung entzogen oder der Ausschluss einzelner Angehöriger der betreffenden Körperschaft oder Genossenschaft, sowie einzelner zum Betriebe ermächtigter Organe angeordnet werden.

§ 5. Bestehende Gewerberechte.

Bestehende Gewerberechte zur Erzeugung oder zum Handel mit Seife bleiben bis zum 1. September 1917 aufrecht und sind von diesem Zeitpunkte anfangen von der Zugehörigkeit zu einer Körperschaft oder Genossenschaft abhängig, die Ermächtigung im Sinne des § 2 besitzt.

§ 6. Vorhandene Vorräte.

Die im Okkupationsgebiete vorhandenen, zur Veräußerung bestimmten Vorräte an Seife können ohne Ermächtigung des Militärgeneralgouvernements (§ 1) bis zum 1. September 1917 veräußert werden. Nach diesem Zeitpunkte müssen die zur Veräußerung bestimmten Vorräte an die vom Militärgeneralgouvernement bezeichneten Stellen gegen Vergütung nach den festgesetzten Preisen (§ 3) abgegeben werden.

§ 7. Strafbestimmungen.

Übertretungen dieser Verordnung werden – sofern die Handlung nicht unter eine strengere Strafbestimmung fällt – vom Kreiskommando an Geld bis zu fünftausend Kronen oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft. Im Wiederholungsfalle kann neben der Freiheitsstrafe Geldstrafe bis zum bezeichneten Ausmasse verhängt werden.

Neben der Strafe kann der Verfall der Rohmaterialien, Halbfabrikate oder Waren ausgesprochen werden, deren Behandlung den Gegenstand des Straferkenntnisses bildet.

Bei unbefugter Erzeugung kann die Betriebseinrichtung als verfallen erklärt werden.

§ 8. Wirksamkeitsbeginn.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

Der k. u. k. Militärgeneralgouverneur:

SZEPTYCKI m. p.

Generalmajor

67.

Reorganisation des Finanzdienstes in der I. Instanz.

F. A. 9206/17.

Auf Grund der MGG. Verordnung vom 24. August 1917 F. A. 127734/17 wurden mit 1. Oktober l. J. im MGG. Bereiche nachstehende vier Kreiskommanden mit der Besorgung sämtlicher Angelegenheiten des indirekten Steuerdienstes in der I. Instanz betraut:

- 1) K I E L C E für die Kreise: Busk, Jędrzejów, Kielce, Opatów, Pinczów, Sandomierz.
- 2) L U B L I N für die Kreise: Bilgoraj, Chełm, Hrubieszów, Janów, Krasnostaw, Lubartów, Lublin, Puławy, Tomaszów, Zamość.
- 3) P I O T R K Ó W für die Kreise: Dąbrowa, Miechów, Noworadomsk, Olkusz, Piotrków, Włoszczowa;
- 4) R A D O M für die Kreise: Końsk, Kozienice, Opoczno, Wierzbik, Radom.

In jedem der obenangeführten 4 Kreiskommanden sind für direkten Steuerdienst je ein Referat für indirekte Abgaben einschliesslich der Finanzmonopole und ein Referat für sämtliche Stempel und Gebührenangelegenheiten errichtet worden.

Die bis jetzt bei allen Kreiskommanden bestehenden Finanzabteilungen haben als Referate für den direkten Steuerdienst von nunan nur Agenden der direkten Steuern zu besorgen.

68.

Einziehung der Banknoten zu 50 Kronen mit dem Datum vom 2. Jänner 1902.

Die jetzt im Umlaufe befindlichen Banknoten zu 50 Kronen mit dem Datum vom 2. Jänner 1902 werden einberufen und eingezogen.

Die k. k. österreichische und die königl. ungar. Regierung haben diesfalls im Einvernehmen mit dem Generalrate der Österreich-ungarischen Bank folgendes festgesetzt:

Die gegenwärtig im Umlaufe befindlichen Banknoten zu 50 Kronen mit dem Datum vom 2. Jänner 1902 sind bei den Hauptanstalten und Filialen der Österreichisch-ungarischen Bank bis 31. Juli 1919 zur Zahlung oder Verwechslung zu bringen, so daß der 31. Juli 1919 die letzte Frist für die Einziehung dieser Banknoten ist.

Von diesem Zeitpunkt an werden diese einberufenen Banknoten von den Bankanstalten der Österreichisch-ungarischen Bank nur mehr in Wege der Verwechslung angenommen.

Nach dem 31. Juli 1925 ist die Österreichisch-ungarische Bank nicht mehr verpflichtet (Artikel 89 der Statuten), die Banknoten zu 50 Kronen vom 2. Jänner 1902 einzulösen oder umzuwechseln.

69.

Einführung der Quittungsbüchlein.

Zwecks Ausübung der Kontrolle bei Beschlagnahme von Waren jeder Art, werden von heute ab für alle Sicherheitsorgane im ganzen Bezirke Quittungsbüchlein eingeführt.

Ein jeder Gendarm, Finanzaufsehr, Miliziant etc. ist verpflichtet bei Beschlagnahme der Ware eine Quittung auszufertigen und dieselbe der betreffenden Partei auf der Stelle auszufolgen.

Lublin, am 30. Oktober 1917.

70.

Wareneinfuhr aus der Schweiz.

Auf Grund der Verordnung des k. u. k. Militärgeneralgouvernement W. E. No. 80216 vom 4. September 1917 wird verlautbart:

Waren, welche in der Schweiz mit einem Ausfuhrverbot belegt sind, dürfen nicht über die Grenze gebracht werden.

Die Einhaltung dieses Verbotes wird beim Warenbezug aus der Schweiz sowie bei Reisen in die Schweiz und zurück zur Pflicht jedes Einzelnen gemacht.

Lublin, am 6. September 1917.

71.

Konzessionen zum Verschleisse von Branntweinerzeugnissen.

F. A. No. 8338/17.

In letzter Zeit häufen sich wieder verschiedenartige Gesuche um Verleihung von Konzessionen zum Verschleisse von Branntweinerzeugnissen und sonstigen Alkoholgetränken. Da solche Betriebsstätten bereits überall in genügender Anzahl vorhanden sind, so wird es, um die Interessenten von unnützen mit Stempelauslagen und Gängen verbundenen Gesuchen abzuhalten zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß das Überreichen derartiger Gesuche derzeit zwecklos ist und solche Gesuche grundsätzlich a limine abgewiesen werden.

Lublin, am 1. Oktober 1917.

72.

Polizeihundestation Piaski, Rayonszuweisung.

Der mit 14. Juli 1917 errichteten Polizeihundestation in Piaski werden ausser den Postenbezirken Piaski, Jaszczów, Łańcuchów und Krępiec des Kreises Lublin auch die Postenbezirke Rybczewice und Fajslawice des Kreises Krasnostaw als Rayon zugewiesen.

73.

Ausweis über die wegen Preistreiberei verurteilten Personen.

Pro Monat August 1917.

I.

Wegen Verbrechens der Preistreiberei wurden verurteilt:

1) Mordko Bejtl aus Lublin mit h. g. Urteile vom 30. VIII. 1917 K. 562/17 zu einer Geldstrafe 250 K. event. zu einem 25 tägig. Kerker nebst dem Verfall des konfiszierten Mehles.

2) Adalbert Kowalczyk und Icyk Matusowski mit h. g. Urteile vom 30. VIII. 1917 K. 638/17 der Erste zu einer Geldstrafe 2000 K. event. 200 täg. Kerker, der Zweite zu einer Geldstrafe 1000 K. event. 100 tägig. Kerker.

3) Schulem Friedman und russ. Kriegsgef. Johann Altmajer mit h. g. Urteile vom 30. VIII. 1917 K. 1152/17 zu je vierwöchentl. Kerker nebst dem Verfall des konfiszierten Mehles.

II.

Wegen Uebertretung der Preistreiberei wurden verurteilt:

1) Ladislaus Wajda mit Anordnung vom 31. VIII. 1917 K. 521/17 zu einer Geldstrafe 1200 K. event. 120 tägig. Arrest.

2) Schmul Rosen mit Anordnung vom 30. VIII. 1917 K. 676 zu einer Geldstrafe 1500 K. event. 150 tägig. Arreste.

- 3) mit Anordnung vom 31.VIII.1917 K. 677/17:
Artur Szyndler zu einer Geldstrafe 100 K. event. 10 tägig. Arreste,
Edward Polski zu einer Geldstrafe 300 K. event. 30 tägig. Arreste,
Taddäus Polski zu einer Geldstrafe 30 K. event. 3 tägig. Arreste.
- 4) mit Anordnung vom 31.VIII.1917 K. 680/17 Rubin Rubinstein zu einer Geldstrafe 300 K. event. 30 tägig. Arrest.
- 5) Rudolf Steinert mit Anordnung vom 25. VIII. 1917 K. 708/17 zu einer Geldstrafe 100 K. ewent. 10 tägig. Arrest.
- 6) Johann Cenzartowicz Sohn des Alexander und der Sabine mit Anordnung vom 20. VIII. 1917 K. 742/17 zu einer Geldstrafe 50 K. event. 5 tägig. Arreste.
- 7) Hersch Kortz mit Anordnung vom 25. VIII. 1917 K. 748/17 zu einer Geldstrafe 100 K event. 10 tägig. Arreste.
- 8) mit Anordnung vom 28. VIII. 1917 K. 750/17:
Wacław Ulewski zu einer Geldstrafe 200 K. event. 20 tägig. Arreste,
Wacław Gorczyckiewicz zu einer Geldstrafe 400 K. event. 40 tägig. Arreste.
- 9) mit Anordnung vom 30. VIII. 1917 K. 771/17 Schmul Ryn u. Zlatka Zylberberg zu je einer Geldstrafe 30 K. event. 3 Arreste.
- 10) Benjamin Zorman mit Anordnung vom 31. VIII. 1917 K. 772/17 zu einer Geldstrafe 50 K. event. 5 tägig. Arreste.
- 11) Johann Cenzartowicz Sohn des Alexander u. der Marie mit Anordnung vom 23. VIII. 1917 K. 773/17 zu einer Geldstrafe 150 K. event. 15 tägig. Arreste.
- 12) Valentin Banaszyk mit Anordnung vom 27. VIII. 17 K. 816/17 zu einer Geldstrafe 100 K. event. 10 tägig. Arrest.
- 13) Valentin Ślabczyński mit Anordnung vom 25. VIII. 1917 E. 1597/17 zu einer Geldstrafe 100 K. event. 10 tägig. Arreste.
- 14) Valentin Ślupczyński mit Anordnung vom 6. 8. 1917 K. 1036/17 zu einer Geldstrafe 150 K. event. 15 tägig. Arreste.
- 15) Marianna Paprocka mit Anordnung vom 9. VIII. 17 K. 1060/17 zu einer Geldstrafe 200 event. 20 tägig. Arreste.
- 16) Wanda Brzezicka mit Urteil vom 30. VIII. 1917 K. 1152/17 zu einer Geldstrafe 50 K. event. 5 tägig. Arreste,
- 17) Josef Wajsbrod mit Anordnung vom 9. VIII. 1917 K. 780/17 zu einer Geldstrafe 300 K. event. 30. tägig. Arreste.

Pro Monat September 1917.

- 1) mit Anordnung vom 23/9.1917 K 752/17 Chaskel Szyffer mit einer Geldstrafe 1000 Kronen.
- 2) mit Anordnung vom 27/9.1917 K 817/17 Witold Piotrowski mit einer Geldstrafe 150 Kronen.
- 3) mit Anordnung vom 28/9.1917 K 818/17 Josef Chodorowski mit einer Geldstrafe 200 Kronen.
- 4) mit Anordnung vom 28/9.1917 K 821/17 Josefa Kuchczak mit einer Geldstrafe 60 Kronen.
- 5) mit Anordnung vom 30/9.1917 K 854/17 Stanislaus Węgórski mit einer Geldstrafe 250 Kronen.
- 6) mit Anordnung vom 28/9.1917 K 892/17 Helena Dudzińska mit einer Geldstrafe 50 Kronen.
- 7) mit Anordnung vom 28/9.1917 K 923/17 Salomon Spiro mit einer Geldstrafe 250 Kronen.
- 8) mit Anordnung vom 22/9.1917 K 930/17 Marianna Kosiór mit einer Geldstrafe 50 Kronen.
- 9) mit Anordnung vom 28/9.1917 K 964/17 Gitla Szpajermann mit einer Geldstrafe 70 Kronen.

10) mit Anordnung vom 25/9.1917 K 1022/17 Stanislaus Czechowski mit einer Geldstrafe 200 Kronen.

11) mit Anordnung von 27/9.1917 K 1068/17 Boleslaus Gola mit einer Geldstrafe 100 Kronen.

12) mit Anordnung vom 24/9.1917 K 1331/17 Kasimir Pięłowski mit einer Geldstrafe 300 Kronen.

Pro Monat Oktober 1917.

I.) wegen Verbrechen:

1) Paul Kowalczyk und Franz Kowalczyk mit dem hiergerichtlichen Urteile vom 29/10.1917 G.Z.K. 502/17 zu je 14 Tage Kerker.

II.) wegen Uebertretung:

1) Sigmund Rulikowski mit der Anordnung vom 23/10.1917 K 954/17 zu einer Geldstrafe 100 Kronen.

2) mit Anordnung vom 22/10.1917 K 1020/17 Tomas Trębicki zu einer Geldstrafe 1200 Kronen. Stanislaus Leszczyński zu einer Geldstrafe 800 Kronen.

3) mit Anordnung vom 27/10.1917 K 1172/17 Karoline Pączkowska zu einer Geldstrafe 100 Kronen, Franz Raszpundowski 140 Kronen, Franz Rek 70 Kronen.

4) Pejsach Brikman mit Anordnung vom 24/10.17 zu einer Geldstrafe 500 Kronen.

5) Miecislaus Kukuryk mit Anordnung vom 30/10.1917 K 1303/17 zu einer Geldstrafe 20 Kronen.

6) Johann Rybak mit Anordnung vom 29 10.1917 K 1548/17 zu einer Geldstrafe 100 Kronen.

74.

Steckbrief.

Der Untersuchungsrichter des Bezirkes Chełm beim könig poln. Kreisgerichte in Lublin sucht auf Grund der Art. 846 und 847 der St. P. P. den Dominik Kowalczuk 25-28 Jahre alt, zuletzt in Chełm Pilichonki Nr. 21 wohnhaft, wegen Teilnahme an dem nachts zum Schaden des Kazimir Bielecki in Chełm mit Einbruch verübten Pferdediebstahles.

Personbeschreibung und besondere Kennzeichen des Kowalczuk unbekannt.

Personen denen der Aufenthaltsort des Kowalczuk bekannt ist, sollen dies unverzüglich der Polizei oder dem Gerichte bekanntgeben.

Der k. u. k. Kreiskommandant:

OBERTYŃSKI m. p.

Oberstleutnant.

